

Die gesamtgesellschaftliche Demokratie. Tschechische Demokratievorstellungen aus der Zwischenkriegszeit.

Dirk Mathias Dalberg

Einleitung

Zum Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die konsolidierten Demokratien des Westens zum Gegenstand teilweise heftiger Kritik geworden. Es handelt sich hierbei jedoch keineswegs um eine fundamentale Kritik an der Demokratie, wie z.B. in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. Vielmehr sind ihre reale Organisation und Leistungsfähigkeit Stein des Anstoßes. Es geht also nicht um ihre Abschaffung. Als Idee ist die Demokratie nicht am Ende. Zwei parallele Entwicklungen verdeutlichen das Gegenteil. Einerseits gibt es weltweit Bestrebungen, autoritäre Regime durch demokratische abzulösen.¹ Andererseits lassen sich in bereits demokratisch organisierten Staaten Versuche nachweisen, die Demokratie zu reformieren bzw. zu erneuern (vgl. z.B. Weidenfeld 1998). Angestrebt wird eine *Demokratisierung* der bestehenden demokratischen Gesellschaften (vgl. Offe 2003; Schmidt 2010: 238). Hierbei geht es aber um mehr als nur um eine „Verbesserung der demokratischen Organisation des staatlichen Entscheidungsprozesses und des Vorgangs der politischen Willensbildung“ (Böckenförde 1973: 36). Ziel ist die Erweiterung der bestehenden Demokratie über den politischen Bereich hinaus auf jene Sphären der Gesellschaft, die bisher nicht oder nur ungenügend „volksherrschaftlich verfasst sind“ (Schmidt 2010: 238; vgl. Böckenförde 1973: 37). An erster Stelle steht die Wirtschaft, was sich im normativen Schlagwort *Wirtschaftsdemokratie* äußert. Ein Ziel der Ausdehnung der Demokratie auf die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Subsysteme ist die Erweiterung politischer Partizipationschancen. Möglichst viele, wenn nicht alle Menschen, sollen zur (demokratischen) Beteiligung animiert werden. Verbunden ist dies mit der Annahme, dass, wenn Demokratie eine gute Sache ist, mehr Demokratie noch besser ist (vgl. Schmidt 2010: 236). Deshalb müsse sie in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft umgesetzt werden.

Vorstellungen und Forderungen, die Demokratie über den politischen Bereich hinaus um tunlichst viele gesellschaftliche Subsysteme zu erweitern, lassen sich bereits in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, und zwar konkret in der Tschechoslowakei,

¹ Auch wenn mit Blick auf den sog. Arabischen Frühling noch immer unklar ist, in welches Richtung die „Arebllion“ geht.

nachweisen. Insbesondere die Gruppe der sogenannten *Realisten*, eine Anfang der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts entstandene, linksorientierte, äußerst heterogene Gruppe unterschiedlichster Persönlichkeiten, wie bspw. Vojta Beneš, Inocenc Arnošt Bláha, Alois Hajn, Josef Macek, Zdeněk Nejedlý, Emanuel Rádl, Emil Svoboda, Antonín Uhlíř u.a., die sich zunächst um Thomas G. Masaryk versammelte und sich später an ihm orientierte (vgl. Dalberg 2013: 47ff., 155ff.), erhoben zu dieser Zeit Forderungen nach einer Erweiterung der Demokratie über den politischen Bereich hinaus. Diese Ansprüche stehen in einem engen Zusammenhang mit einem Selbstverständigungsdiskurs über das nationale Sein und dem Bestreben, die am 28. Oktober 1918 gegründete Tschechoslowakei zu bewahren. In diesem Sinne wird die Demokratie eine *spezifische Strategie*, dieses Ziel zu erreichen. Sie dient der *Legitimation* des tschechischen bzw. tschechoslowakischen Staates.

Folgender Beitrag setzt sich das Ziel, die Kerngedanken tschechischer Vorstellungen von wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und moralischer Demokratie zunächst zu skizzieren und zu analysieren. Hierzu ist er in drei Hauptteile untergliedert. Der erste Teil erläutert knapp die Bedeutung der Demokratie im tschechischen nationalen Denken (der Zwischenkriegszeit). Der zweite Teil beginnt mit der Darstellung des allgemeinen Demokratieverständnisses der Realisten. Im Anschluss werden die verschiedenen Unterformen der Demokratie vorgestellt. Angedeutet werden hierbei ebenso ideengeschichtliche Einflüsse. Der abschließende dritte Teil analysiert die verschiedenen Demokratievorstellungen aus politik- und demokratietheoretischer Perspektive.

1. Die Demokratie im tschechischen Nationalbewusstsein

Im tschechischen politischen Denken kommt der Demokratie eine spezifische Stellung zu. Sie wird hier als grundlegender und gleichsam natürlicher Bestandteil des Nationalcharakters sowie als Grundlage und Wesen des politischen Lebens betrachtet. Dies gilt insbesondere für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. In einer die nationale Geschichte idealisierenden Weise schrieben die Realisten der tschechischen Nation einen speziellen fortschrittlichen und natürlichen demokratischen Geist zu (vgl. Rádl 1919a: 16; Hajn 1928: 11). Begründet wurde dieser mit der historisch gewachsenen Sozialstruktur der tschechischen Gesellschaft. Die Tschechen seien vor allem deshalb Demokraten, weil sie keine Armee, keine Hierarchie, keine nationale Aristokratie, „ja nicht einmal viele Reiche“ gehabt hätten (Rádl 1919a: 16; Sobota 1930: 579), sondern nur die städtische und landwirtschaftliche Arbeiterschaft und den Mittelstand (vgl. Bláha 1918: 4). Diese Selbstbeschreibung ist durchaus zutreffend, denn die tschechische Sozialstruktur war lange Zeit tatsächlich durch eine spezifische Ausgeglichenheit gekennzeichnet. So fehlten die traditionell obersten Schichten wie der Adel und

das Großbürgertum sowie die „zweite“ Gesellschaft, d. h. die hohe Bürokratie. Darüber hinaus fehlten aber auch die untersten Schichten. Die Tschechen lassen sich entsprechend als eine Nation des Mittelstandes, der Kleinbürger und Arbeiter beschreiben (vgl. Křen 2000: 119; Havelka 1998: 458; Urban 2003: 154). Nichtsdestotrotz ist das tschechische Selbstbild, von Natur aus demokratisch zu sein, problematisch. Einwenden lässt sich, dass die Absenz des Adels nicht von Natur aus gegeben war. Sie ist vielmehr auf die Ereignisse der Jahre von 1618 bis 1620 zurückzuführen. Die als typisch feudal anzusehende Klasse des Adels wurde in Folge der Schlacht am Weißen Berg am 8. November 1620 vollständig liquidiert (vgl. Boldt 1996: 20; Urban 2003: 152).² Zudem bildete sich die tschechische politische Kultur im provinziellen Rahmen der Habsburgermonarchie heraus. Sie hatte aufgrund dessen keine oder nur marginale Verbindungen mit modernen demokratischen Strömungen. Der klassische Liberalismus hatte in der tschechischen Gesellschaft über seine demokratische Rhetorik hinaus keine wirkliche Tradition. Ebenso ist die als demokratisches Prinzip betrachtete Volkstümlichkeit ein zweiseitiges Schwert. Einerseits kann sie durchaus demokratisch sein. Als Beispiel ließen sich der angelsächsische soziale Liberalismus oder die rousseauische Tradition anführen, die durch das bürgerliche Ideal der republikanischen Tugend mit möglichst geringen sozialen und gesellschaftlichen Unterschieden inspiriert waren. Andererseits ist diese Volkstümlichkeit leicht im antiliberalen Sinn manipulierbar. Besonders durch Wirtschaftskrisen hervorgerufene Verunsicherungen können „Masseninstinkte“ auslösen, denen grundlegende Freiheiten und Rechte wenig und demagogische Losungen alles bedeuten (vgl. Loewenstein 1997: 44f.).

Der angenommene bzw. selbst zugewiesene natürliche Demokratismus der tschechischen Nation erfüllte eine sinnstiftende Funktion. Er wurde als Maßstab zur Auswahl, Organisation, Interpretation, Sinngebung und Beurteilung politischer Phänomene genutzt (vgl. Rohe 1994: 1, 3, 7, 14f.). In Verbindung damit erfüllte er eine legitimatorische Funktion, die in einem engen Zusammenhang mit der Deutung des 1. Weltkrieges stand. Dieser wurde weniger als Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Großbritannien bzw. Frankreich betrachtet, sondern vielmehr als Kampf zwischen moderner und alter Weltanschauung zwischen Theokratie und Demokratie, absolutistischem Cäsarismus und humanistischem Recht auf Freiheit und Gleichheit (vgl. Batscha 1994: 33; Masaryk 1918: 9f., 27ff.; Masaryk 1925: 436ff.; Masaryk 1936: 433ff.; Svoboda 1922: 260). Aus dem derart gedeuteten Weltkrieg sei die Demokratie

² Diese (einstündige) Schlacht beendete den gegen die Habsburger gerichteten Aufstand der (tschechisch- und deutschsprachigen) böhmischen Stände. Der von diesen zum böhmischen König gewählte Friedrich V., der sogenannte Winterkönig, musste infolge der Schlacht aus Böhmen fliehen. Währenddessen erzwang der römische Kaiser Ferdinand II. seinen Anspruch auf die böhmische Krone. Im tschechischen Bewusstsein galt der „Weiße Berg“ als nationale Tragödie und Beginn einer jahrhundertlangen, bis 1918 andauernden, Unterdrückung (vgl. Boldt 1996: 16f.).

als Sieger hervorgegangen. Sie habe über die drei theokratischen Monarchien Europas gesiegt, das katholische Österreich-Ungarn, das protestantische Deutschland und das orthodoxe Russland (vgl. Chýna 1927: 6; Beneš 1926a: 71; Fischer 1933: 363). Einen geschichtlichen Endzustand proklamierend interpretierten die Realisten den Sieg der Demokratie als Sinn des Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung (vgl. Batscha 1994: 33; Nový 1995: 269ff.). Unter dem Einfluss der siegreichen Demokratie habe sich Europa *republikanisiert* und *demokratisiert* (vgl. z.B. Chýna 1927: 6; Žilka 1933: 322). Obgleich normativ überhöht, war diese Beurteilung richtig. Nach dem 1. Weltkrieg befand sich die europäische Welt tatsächlich in einer Bewegung von undemokratischen zu demokratischen Regimen. Es handelte sich um den Abschluss der ersten Demokratisierungswelle von 1828 bis 1922/26, die ihre geistigen und revolutionären Auslösungsimpulse durch die amerikanische und französische Revolution erhielt (vgl. Merkel 2010: 129; Huntington 1991: 16).

Zwischen dem angenommenen natürlichen tschechischen Demokratismus und dem Sinn des 1. Weltkrieges bestand im Verständnis der Realisten ein Zusammenhang, der zur Gründung der Tschechoslowakei führte. Diese sei im Namen der Demokratie errungen worden (vgl. Masaryk 1925: 468; Hajn 1921: 46; Hajn 1928: 10) und aus dieser erwachsen, nicht aber „aus dem Willen der Reaktion, nicht aus hasserfühltem Chauvinismus, nicht aus Materie, sondern aus dem Geiste und dem Glauben an den Geist, nicht aus Gold, sondern aus Liebe zur Heimat und aus Liebe zum Menschen“ (Beneš 1924a: 88). Die Demokratie wurde jedoch nicht allein als Grund für die Errichtung der Tschechoslowakei betrachtet. Sie war zugleich eine *Voraussetzung* für deren Erhaltung (vgl. Dalberg 2013: 174ff.). In diesem Zusammenhang sind die Selbstbeschreibung, dass die Tschechen von Natur aus demokratisch seien sowie die Interpretation des 1. Weltkrieges als Sieg der Demokratie über die Theokratie von Bedeutung. Für die tschechische Entwicklung gebe es auf Grundlage dieser beiden Entwicklungen keine andere Richtung als die Demokratie (vgl. Svoboda 1924a: 3). Dies bedeutete, dass die Tschechoslowakei nicht nur demokratisch sein musste; sie konnte gar nicht undemokratisch sein (vgl. Masaryk 1925: 468). Die tschechische Nation könne „ihre Freiheit nur dann erhalten [...], wenn sie ständig nach [...] wirklicher Demokratie“ strebe (Beneš 1924b: 7; vgl. Beneš 1922: 62; Beneš 1938: 150; Masaryk 1925: 468f., 436; Uhlíř 1919: 14). Wegen ihres angenommenen demokratischen Charakters stellte die Demokratie für die Tschechen überhaupt das vorteilhafteste System und die einzige, ihnen gemäße Herrschaftsform dar. Letzten Endes war der tschechoslowakische Staat „zur Demokratie verurteilt“ (Lipták 1994: 46).

In einem engen Zusammenhang mit diesen Annahmen steht die Frage des kulturellen Beitrags der tschechischen Nation für die Menschheit. Im nationalen Selbstverständigungsdiskurs war dieses spätestens seit Hubert Gordon Schauers „Zwei Fragen“ im Jahre 1886 von größter Bedeutung (vgl. Schauer 1886). Das hiermit verbundene

Problem dreht sich um die Frage, welche Existenzberechtigung die tschechische Nation auf Grund ihrer kulturellen und zivilisatorischen Leistungen habe. In der Zwischenkriegszeit wurde es besonders aktuell, da die Existenz des tschechoslowakischen Staates begründet werden musste (vgl. Dalberg 2013: 166). Der Journalist Ferdinand Peroutka vertrat Mitte der Zwanzigerjahre die Ansicht, dass die tschechische Nation bisher keinen grundlegenden Beitrag zur Weltgeschichte leistete (vgl. Peroutka 1924: 23). (Ihre Existenz war somit zumindest fragwürdig.) Diese Aufgabe bzw. Funktion sollte nun die Demokratie übernehmen. „Als Bastei der Demokratie“ würde die Tschechoslowakei, so Alois Hajn (1921: 46f.), in Europa, in Mitteleuropa und in der gesamten slawischen Welt ihren Ort und ihre Sendung haben. Die Demokratie würde ihr moralisches Gewicht und Respekt unter den Nationen verschaffen. Die Legitimation des tschechoslowakischen Staates bzw. das Recht der tschechischen Nation auf diesen leitete sich hiernach aus der Demokratie ab. Diese war der sinngebende Pfeiler und Stütze des Staates (vgl. ebd.; Hajn 1928: 10).

2. Demokratie

2.1 *Die Ursprünge und allgemeinen Grundprinzipien der Demokratie*

Aus der aufgezeigten Interpretation des 1. Weltkriegs ist das *allgemeine* Demokratieverständnis der Realisten ableitbar. Auf Grundlage der traditionellen Staatsformenlehre, stellte die Demokratie für sie zunächst einen (positiven) Gegenentwurf zu Theokratie, Aristokratie und Absolutismus dar, wobei sie letzteren mit der Monarchie gleichsetzen (vgl. Masaryk 1918: 27ff.; Masaryk 1925: 436ff.; Rádl 1919: 4). In quantitativer Hinsicht stellte die Aristokratie die Herrschaft der wenigen (vgl. Nejedlý 1923a: 130) und die Monarchie die Einzelherrschaft dar. Beide Staatsformen würden sich auf die Unterscheidung von Herrschenden und Beherrschten (vgl. Žilka 1933: 321) und die Überzeugung gründen, dass der Mensch eine Autorität braucht, die ihn führt und der er blindlings folgen könne (vgl. Rádl 1919a: 3f.). Die Gegenüberstellung von Demokratie und Aristokratie, Theokratie sowie Absolutismus fand auf zwei Ebenen statt. Auf einer geschichtlich-empirischen, d. h. auf dem Niveau konkreter geschichtlicher und gesellschaftlicher Veränderungen und auf einer normativen, wonach demokratische Regime besser sind und zu größerer Freiheit und Verantwortung führen als aristokratische und monarchische Regime (vgl. Masaryk 1925: 486; Nový 1995: 269ff.).

Die historischen Wurzeln der Demokratie verorteten die Realisten in der Reformation und der Aufklärung (vgl. Hajn 1928: 13; Herben 1924: 3; Rádl 1919: 3ff.; Rádl 1933: 273). Während die Reformation das selbstständig denkende und für sein Handeln selbst verantwortliche Individuum hervorgebracht habe (vgl. Rádl 1919: 3ff.; Rádl 1933: 273), führte die Aufklärung zum modernen Staat und zur modernen Ge-

sellschaft und begründete die Menschen- und Bürgerrechte (vgl. Herben 1924: 3; Hajn 1928: 13). Ein weiterer Ausgangspunkt war die Französische Revolution mit ihrer Losung: „*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*“. Hinzugefügt wurde die *Gerechtigkeit* (vgl. Macek 1924: 4, 24; Žilka 1933: 322ff.; kritisch z.B. Rádl 1919: 4; Rádl 1933: 273). Grundlage und wichtigstes Prinzip der Demokratie war die Gleichheit. Die Demokratie sei ein System, „in dem es keine Sonderrechte gibt, in dem sich alle gleich sind“ (Macek 1924: 7; vgl. Fischer 1933: 351). Sie erfordere die Beseitigung aller Privilegien, inklusive der Adelstitel (vgl. Macek 1924: 11f.; kritisch Rádl 1928: 107f.). Dergestalt führe sie jedoch zu einer gesellschaftlichen Nivellierung (vgl. Macek 1924: 9; Svoboda 1919: 102). In einer engen Verbindung mit der Gleichheit steht das nächste Prinzip, die politische, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit (vgl. Kozák 1932: 17; Macek 1927: 129; Svoboda 1919: 105). Das dritte Axiom der Demokratie war die *Freiheit*, worunter individuelle Selbstbestimmung und Autonomie verstanden wurden. Ihre Wurzeln habe diese in der Gleichheit (vgl. Žilka 1933: 322).

Darüber hinaus wurde die Demokratie mit *Abraham Lincolns* berühmter Formel, „die das Wesen der Demokratie ebenso knapp wie sprachlich prägnant erläutert“ (Breit 2011: 186) verbunden: „Die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ (Lincoln 1863: 185; vgl. Beneš 1926b: 109; Bláha 1918: 4; Chýna 1927: 6; Foustka 1918: 88; Kozák 1924: 52; Macek 1924: 3; Macek 1933b: 11; Rádl 1928: 84). Die Formulierung *des Volkes* bedeutete für die Realisten die Herrschaft des *gesamten* Volkes (vgl. Svoboda 1919: 100; Beneš 1924b: 29). Dies bedeutet, dass die Demokratie nicht Ausdruck des Willens einer bestimmten Klasse ist (vgl. Foustka 1918: 88). In diesem Sinne kann sie auch nicht die egoistische Herrschaft einer Klasse über eine andere Klasse sein. Im Gegensatz zu Aristokratie und Monarchie gebe es weder eine herrschende noch eine dienende Klasse (vgl. Svoboda 1919: 80, 100). Da das Volk Herr und Untertan zugleich sei, besteht eine Identität von herrschendem Subjekt und beherrschtem Objekt. *Durch das Volk* bedeutet, dass sich das Volk Gesetze gibt, diese durchführt und auch überwacht (vgl. Žilka 1933: 321; Fischer 1933: 352). Hierbei sei es jedoch nebensächlich, ob das Volk als Ganzes die Regierungsgewalt direkt oder indirekt durch gewählte Vertreter ausübt (vgl. Macek 1924: 3). Da das freie Volk aber selbst bestimme, wen es an seiner Spitze haben wolle (vgl. Svoboda 1919: 100), ist von einer indirekten Ausübung der Regierungsgewalt auszugehen.³ Die Formel *durch das Volk* bedeutet entsprechend durch vom Volk gewählte Vertreter (vgl. Schmidt 2010: 336). Diese Aussagen verdeutlichen erneut den aufgezeigten Gegensatz von Aristokratie, Monarchie und Demokratie. In letzterer ist im Gegensatz zu den anderen

³ Die repräsentative Demokratie wurde der direkten aus pragmatischen Gründen vorgezogen. Eine unmittelbare Demokratie im Sinne der klassischen republikanischen Idee der direkten Gesetzgebung durch das Volk (vgl. Masaryk 1925: 72) sei unter modernen Bedingungen unmöglich (vgl. Fischer 1933: 352; Žilka 1933: 321; Svoboda 1924: 1; Svoboda 1926: 4; Fischer 1933: 352ff.).

beiden Regierungsformen die Abstammung keine Qualifikation für das Regierungsamt. Eine demokratische Regierung könne ebenso wenig im Namen eines Geschlechts, einer Gruppe, einer Klasse, sondern nur im Namen *des Volkes* regieren. Sie strebt den Erfolg des gesamten Volkes an (vgl. Svoboda 1919: 105, 101). Angesprochen ist hiermit der letzte Punkt der Lincolnschen Formulierung: die Regierung *für das Volk*. Diese sei der Sinn, das Ziel und der Zweck der Demokratie (vgl. Beneš 1924b: 29; Fischer 1933: 352; Macek 1924: 3). Als Herrschaft *des Volkes* strebe sie das Wohl *aller* an. Insbesondere die gewählten demokratischen Führer würden für das Wohl *aller* arbeiten (vgl. Foustka 1918: 88). Daneben hatte die Demokratie eine wichtige Voraussetzung. Sie müsse sich auf eine allgemeine Zustimmung aller Bürger stützen, auf „das, was die Engländer mit ihrem Fachausdruck als ‚*consentment of all*‘ bezeichnen“ (ebd.: 89). Mit *John Stuart Mill* (1861: 29) gesprochen, geht es hier um die Fähigkeit, die Demokratie und die mit ihr verbundenen Verpflichtungen anzunehmen. Um die Existenz der tschechischen Nation zu legitimieren und ihren Staat tatsächlich abzusichern musste die angestrebte Demokratie eine *politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle* und *moralische* Demokratie sein (vgl. z.B. Fischer 1933: 344, 352; Foustka 1918: 88f., 93; Macek 1933a; Masaryk 1925: 474, 484; Masaryk 1928: 330; Nejedlý 1921: 8, 12; Nejedlý 1923b: 484; Beneš 1924b: 10; Uhlíř 1918).

2.2 Die politische Demokratie

Das entscheidende Kennzeichen der politischen Demokratie war der allgemeine Grundsatz der *Gleichheit* (vgl. Macek 1924: 4). Deren Bedeutung zeige sich vor allem in der Zurückdrängung der politischen Vorherrschaft des Adels als gleichsam natürlichen Träger der politischen Macht. Politische Demokratie stellt ein System dar, „in dem es keine Sonderrechte gibt, in dem sich alle gleich sind (ebd.: 7). Sie ist die ausnahmslose *politische* Gleichberechtigung aller gesellschaftlichen Schichten und Individuen, ohne Privilegien und Einschränkung. Hierzu gehörte gleicher Einfluss auf die Gesetzgebung und die Verwaltung des Staates und der Gemeinden (vgl. ebd.: 4). Konkret gemeint war hiermit die Gleichheit bei den Wahlen. Voraussetzung der politischen Demokratie ist somit das gleiche Wahlrecht (vgl. ebd.: 7, 5; Kozák 1932: 19; Masaryk 1925: 477; Nejedlý 1923b: 484; Nejedlý 1926: 161; Svoboda 1919: 94). Unabhängig von seinem Eigentum, seiner sozialen Abstammung und seiner Bildung habe ein jeder „das Recht, seinen politischen Willen mit der Stimmkarte auszudrücken“ (Kozák 1932: 15; vgl. Foustka 1918: 89; Macek 1924: 11f.). Auch politisch und intellektuell unreife und zurückgebliebene Personen könnten gleichberechtigt an Wahlen teilnehmen (vgl. Kozák 1932: 15f.). Politische Gleichheit bedeutet somit die Abschaffung des Vorzugwahlrechts. Betraf diese Aussage das aktive Wahlrecht, so galt die

politische Gleichheit auch für das passive Wahlrecht. In der Demokratie könnten auch Arbeiter Minister und Analphabeten Abgeordnete werden (vgl. Foustka 1918: 89).

Mit Blick auf das Ziel, eine vorbildliche Demokratie aufzubauen, war die politische Demokratie allein unzureichend. Rechte und Freiheiten im Rahmen öffentlicher politischer Institutionen sowie Wahlen seien zwar überaus wichtig, allein für sich genommen jedoch ungenügend (vgl. Nejedlý 1923b: 484; Nejedlý 1926: 161; Masaryk 1925: 477; Svoboda 1919: 94). Ein solches Demokratieverständnis sei unvollständig und eine rein politische Demokratie keine wirkliche Demokratie (vgl. Bláha 1926b: 1). Die Realisierung der grundlegenden demokratischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im Bereich der Politik erfordere ebenso deren Umsetzung in anderen gesellschaftlichen Gebieten (vgl. Macek 1924: 4). Da die Menschen vor Gott, dem Gesetz und auch dem Recht *gleich* seien, müssten sie dies auch vor dem Brot, dem Kleid, dem Konzert, der Schule und dem Sport sein (vgl. ebd.: 7). Als Gesellschaft der freien und gleichen Menschen müsse die Demokratie insbesondere auch in der Wirtschaft verwirklicht werden (vgl. ebd.: 24). Blieben Gleichheit und Freiheit auf den politischen Bereich begrenzt, verkomme die Demokratie zu einem *Elektoralismus*. Eine solche Demokratie wurde jedoch als unfertige Halbdemokratie bezeichnet (vgl. Macek 1933b: 515; Svoboda 1927: 102). Für Alois Hajn war es zudem einfältig, zu vermuten, dass die Welt auf dem wirtschaftlichen und sozialen Feld auf alte Gleise zurückkehre und dort weitermache, wo sie im Jahre 1914 aufhörte (vgl. Hajn 1928: 21).

Die Forderung nach einer Erweiterung der Demokratie beruht auf der Annahme, dass das politische Leben nur eine Seite des gesellschaftlichen Lebens darstellt (Uhlř 1917: 24). Sie wurde zudem mit einem Verweis auf allgemeine gesellschaftliche und politische Entwicklungen begründet, vor allem mit der Annahme, dass der Staat seine Tätigkeit um immer mehr Aufgaben erweitere. Hierdurch wachse auch die Anzahl der politischen Eingriffe in das Leben des Einzelnen (vgl. Macek 1924: 5f.). Diese Aussagen gründen auf realhistorische Entwicklungen und Beobachtungen. Die Herausbildung moderner Staaten ist mit einer zunehmenden Verstaatlichung ursprünglich privater Aufgaben verbunden (vgl. Benz 2001: 197). Dies betraf die Kriegsführung, die Schulbildung und Wissenschaft sowie das Post- und Verkehrswesen. Vom absolutistischen Staat des 18. Jahrhunderts über den liberalen Verfassungsstaat des 19. Jahrhunderts bis hin zum demokratischen Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts expandierten die Staatsaufgaben. Deutlich wurde dies bspw. an der Übernahme von Infrastrukturaufgaben, der Schaffung neuer Handelsvorschriften und dem Wirken des Staates im Arbeits- und Gesundheitsschutz (vgl. Bogumil 2003: 44ff.). Der Staat drang in immer mehr „Bereiche der Gesellschaft vorsorgend, planend und gestaltend ein“ (Greiffenhagen 1973: 23f.). Infolgedessen sei auch die Erweiterung der Demokratie auf diese notwendig (vgl. Macek 1924: 5f.). Die verstärkten Eingriffe von Staat und Politik in

die Gesellschaft und die Wirtschaft, die somit kein „grundsätzlich staatsfreier Bereich“ mehr sind, erfordern deren *Demokratisierung* (Böckenförde 1973: 40).

2.3 *Die wirtschaftliche und die soziale Demokratie*

Auch wenn die Realisten eine wirtschaftliche Demokratie forderten, Hinweise, was sie konkret unter dieser verstanden, finden sich recht selten. Allgemeines Ziel der Wirtschaftsdemokratie war die gleichmäßige und gerechte Aufteilung der Lebensbedingungen (vgl. Hajn 1928: 21). Obgleich alle Schichten der Gesellschaft ansprechend, sollte die wirtschaftliche Demokratie vor allem den wirtschaftlich und sozial Benachteiligten zu Gute kommen, jenen Schichten der Nation, die unter dem Egoismus und der Ungerechtigkeit derer leiden würden, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen (vgl. Foustka 1918: 91). Als solche beseitige die wirtschaftliche Demokratie Armut und Besitzlosigkeit (vgl. Bláha 1918: 3), die ihrerseits eine Bedrohung für die Demokratie darstellen (vgl. Fischer 1933: 349). Da die Tschechoslowakei ein reiches Land sei, müsse ihr Reichtum allen Bürgern zu Gute kommen (vgl. Masaryk 1925: 475; Nejedlý 1923b: 488). Die Wirtschaftsdemokratie habe daher die allgemeine Aufgabe, allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Befriedigung ihrer (materiellen) Bedürfnisse zu ermöglichen (vgl. Macek 1924: 7). Sie führe zu sozialer *Gerechtigkeit* und Moral (vgl. Nejedlý 1923b: 488; Nejedlý 1921: 12; Macek 1924: 8f.) sowie einer „Humanisierung der Wirtschaft“ (Fischer 1933: 345).

Ein weiteres damit verbundenes Ziel bestand in der Schaffung von *Gleichheit*. Josef Macek, der führende tschechische Theoretiker und Propagator der Wirtschaftsdemokratie und des Genossenschaftssozialismus, erkannte allerdings, dass die Gleichheit in den Einkünften und Eigentum als Nivellierung diskreditiert wurde (vgl. Macek 1924: 9). Dieser Vorwurf sei, wie Emil Svoboda einwandte, jedoch kein Problem, vor allem dann nicht, wenn es um wirtschaftliche Gleichheit gehe (vgl. Svoboda 1927: 102). Für Macek war mit Gleichheit jedoch nicht die Gleichheit der Einkünfte und des Eigentums gemeint. Es gehe nicht darum, dass alle Menschen dasselbe Vermögen besitzen. Abzuleiten ist hieraus, dass er soziale Unterschiede sowie Eigentumsunterschiede anerkannte. Darüber hinaus akzeptierte er ebenso eine natürliche Ungleichheit, d. h. Ungleichheit in der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit. Jedoch dürfe niemand auf Grund natürlicher Unterschiede soziale und wirtschaftliche Nachteile erleiden (vgl. Macek 1924: 11). Hinsichtlich der sozialen Unterschiede führte er aus, dass diese zwar aus erfolgreichem Wirtschaften hervorgehen dürften. Allerdings sollten sie nicht dauerhaft stabilisiert oder gar „vererbt“ werden. Die Nachkommen wirtschaftlich weniger Erfolgreicher dürfen keine schlechteren Ausgangsbedingungen haben als die wirtschaftlich Erfolgreicheren. Ziel und Sinn der Wirtschaftsdemokratie ist

demnach die Gleichheit der Ausgangs- bzw. Startbedingungen aller Menschen. Mit anderen Worten fordert die wirtschaftliche Demokratie den gleichen Zugang zu den Voraussetzungen wirtschaftlichen Erfolges (vgl. ebd.; Böckenförde 1973: 38).

Die ideologischen Ursprünge dieser Ausgangsparität verortete Macek im Liberalismus. Im Namen gleicher Möglichkeiten habe dieser vererbte politische Privilegien und Konzessionen bekämpft und gefordert, dass ein jeder das machen darf, was der andere macht (vgl. Macek 1924: 10). Tatsächlich war der Liberalismus „mit den Emanzipationsinteressen des aufstrebenden Wirtschafts- und Bildungsbürgertums gegen den Autoritarismus, die Bevormundung und die durch Geburt fixierte gesellschaftlich-politische Ungleichheit“ der Feudalgesellschaft und des Absolutismus verbunden (Meyer 2010: 160; vgl. Göhler 2002: 211ff.).

Auf Grundlage ihrer beiden Kernbegriff, Gerechtigkeit und Gleichheit, ist die Wirtschaftsdemokratie eng mit der Forderung nach einer *sozialen Demokratie* verbunden. Da die allgemeinen Ziele beider Demokratievorstellungen wegen ihrer Ähnlichkeit schwer voneinander zu trennen sind, wurde auch von einer sozial-wirtschaftlichen (*sociálně-hospodářská*) Demokratie gesprochen (vgl. Foustka 1918: 89). Deren Ziele leiten sich aus der Bestimmung der wirtschaftlichen und ebenso der politischen Demokratie ab. Es geht um die Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Privilegien (vgl. Macek 1924: 12) und letztlich erneut um Gerechtigkeit. Die soziale Demokratie strebt die Beseitigung der Ungleichheit in den Entwicklungsmöglichkeiten, der Bildung und auch der moralischen Kräfte an (vgl. Žilka 1933: 323). Hierauf aufbauend wurde unter sozialer Demokratie allgemein die Überwindung „degradierender Erbärmlichkeit“ verstanden (vgl. Masaryk 1936: 441). In einem modernen demokratischen Staat solle ferner niemand Hunger leiden. Allerdings gehe es nicht allein um dessen Beseitigung, sondern auch darum, allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. In diesem Sinne bestand das Ziel im Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, die auf den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Schichten und Individuen basiere, gemeint waren hiermit gerade gleiche soziale (Ausgangs-)Bedingungen und Möglichkeiten. Im Sinne der Lincolnschen Bestimmung „für das Volk“ sollte die sozial-wirtschaftliche Demokratie ein neues, einheitliches und harmonisches Leben und eine Sozialordnung schaffen, die dem Einzelnen soziale Sicherheit und dem Ganzen materiellen Wohlstand und Glück bietet. Das erste Ziel der sozial-wirtschaftlichen Demokratie sollte die Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen sein. Darüber hinaus sollte sie auch die politische Demokratie vervollständigen. Ohne soziale Ziele oder Inhalte wäre diese unvollständig (vgl. Foustka 1918: 89ff.).

Neben diesen sozialen Zielen ging es in der Wirtschaftsdemokratie für Josef Macek auch um die Sicherung von Arbeitnehmerrechten und betriebliche Mitbestimmung. Ein entscheidendes Ziel war hierbei die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse, d. h. die Demokratisierung der Beziehungen von Arbeitgebern und Arbeitneh-

mern. Letztere seien mit den bestehenden Verhältnissen, insbesondere den einseitig diktierten Arbeitsbedingungen unzufrieden und würden sie verändern wollen. Die Arbeitgeber wollten ihre Stellung als „Herren im Haus“ hingegen nicht verlieren und verteidigten den Status quo (vgl. Macek 1924: 13f.). Verbunden war dieses Ziel mit der Beseitigung des absolutistischen Arbeitgebers. Dies sei jedoch ein langwieriger Prozess, vergleichbar mit der politischen Entwicklung von der unbegrenzten Herrschaft in der absoluten Monarchie hin zur demokratischen Republik. Er vollzog sich über mehrere Etappen, wovon eine die konstitutionelle Monarchie war. Daher seien auch in der Wirtschaft Zwischenschritte notwendig. Gesprochen wurde von einem „Wirtschaftsparlament“ (Vč 1930) und einer „konstitutionellen Fabrik“ (Macek 1924: 14). Letztere biete den Arbeitern, so Macek, Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Entscheidungen des Unternehmens, denen sich die Arbeitgeber nicht mehr verschließen würden. Viele von ihnen seien sich dessen bewusst, dass die Arbeiter die Fabrik gewissermaßen auch als ihr Eigentum betrachten würden, einen großen Anteil am Erfolg des Unternehmens haben und deshalb auch die Stärken und Schwächen des Unternehmens kennenlernen wollten. Aus diesem Grunde seien die Arbeitgeber bereit, ihren Gewinn durch die Opferung eines Teils zum Vorteil der Arbeiterschaft zu verteidigen. Sie würden sich ebenso darum bemühen, die Arbeiterschaft zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist, dass die Fabrik gut läuft und viel verdient (ebd.).⁴ Fehlende Mitbestimmung hatte für Macek gewaltsame und blutige Umstürze zur Folge. Solche lehnte er jedoch ab. Der Aufbau einer Wirtschaftsdemokratie sei kein Werk wutschnaubender Menschen, sondern aufmerksamer Überlegungen. Den Weg zur ihr sollte die politische Demokratie durch entsprechende Gesetze ihrerseits unterstützen (vgl. ebd.: 15).

Nach der Beseitigung des absoluten Arbeitgebers, bestünden zwei Möglichkeiten, die Wirtschaftsdemokratie zu vollenden. Konkret gemeint waren hiermit zwei Unternehmensformen, das öffentliche und das genossenschaftliche Unternehmen (vgl. ebd.: 15). Öffentliche Unternehmen in demokratisch organisierten Staaten und Gemeinden allein seien, so Macek, jedoch noch lange keine Wirtschaftsdemokratie. Diese Ansicht ist nachvollziehbar, da anstelle des Privateigentümers nun der Staat als undemokratischer alleinherrschender Arbeitgeber auftreten kann. Dies wiederum bedeutet, dass auch und gerade in öffentlichen Unternehmen die betriebliche Mitbestimmung und, in Verbindung damit, eine Unternehmenskontrolle gewährleistet sein müsse. Kontrolliert werden sollten sie von der Regierung und der Bürgerschaft (vgl. ebd.: 17).

Die zweite Form von Unternehmen in der Wirtschaftsdemokratie waren die genossenschaftlichen Unternehmen, die in zweierlei Typen unterschieden werden wurden,

⁴ Ähnliche Ansichten vertrat Emil Svoboda. Ein demokratischer Arbeitgeber werde sich nicht deshalb um die Verbesserung der Stellung der Arbeitnehmer bemühen, weil er in ihnen eine natürliche Arbeitskraft sieht, deren Erhaltung ein notwendiges Übel sei, damit sie nicht ihre Leistungsfähigkeit verliere, sondern weil sie Menschen und Mitarbeiter sind (vgl. Svoboda 1919: 107).

die Verbrauchergenossenschaften und die Produzentengenossenschaften. Zwischen beiden bestünden ernstzunehmende Spannungen. Die Produktionsgenossenschaften würden nicht in die Hand der Verbrauchergenossenschaften geraten wollen, da sie sich von der Herrschaft kapitalistischer Unternehmer befreien konnten. Im Gegensatz dazu würden die Verbrauchergenossenschaften nicht durch die Produzentenvereinigungen ausgebeutet werden wollen, da es ihnen gelang, sich von den kapitalistischen Produzenten zu emanzipieren. Für Macek stellte sich entsprechend die Frage, ob die Interessen von Verbrauchern und Produzenten überhaupt auszugleichen und zur Zusammenarbeit zu organisieren seien. In diesem Zusammenhang bestand eines weiteres wichtiges zu lösendes Problem der Wirtschaftsdemokratie im Ausgleich dieses Interessenwiderspruchs. Behoben werden sollte er dadurch, dass in der angestrebten, sich auf Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit gründenden, demokratischen Wirtschaftsordnung niemand nur Verbraucher oder nur Produzent sein dürfe. Unabhängig davon ging Macek jedoch davon aus, dass die Genossenschaften nicht in Konkurrenz mit kapitalistischen Unternehmen treten könnten. Die Ursache hierfür erblickte er in deren Mangel an eigenen und fremden Produktionsmittel sowie im fehlenden wirtschaftlichen Grundwissen der Genossenschaftsmitglieder (vgl. ebd. 18f.).

Die Forderung nach einer Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens ist im Kontext der damaligen Zeit zu betrachten. Sie wurde ebenso in Deutschland aufgestellt. Seit der programmatischen Konzeption des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Ende der 1920er Jahre gilt sie hier als Inbegriff reformsozialistischer Ziel- und Strategiekonzeptionen. Für die Begründer der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung war mit der Er kämpfung der Demokratie nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Befreiung mit einbegriffen (vgl. Bischoff 2005: 204; Meyer 2009: 136). Zu den Vertretern der Wirtschaftsdemokratie in Deutschland zählt Fritz Naphtali. Auch für ihn war die politische Demokratie unzureichend, da sie nicht die „Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit“ bedeute (vgl. Naphtali 1928: 15). Gerade aus diesem Grunde müsse das gesellschaftliche Subsystem Wirtschaft demokratisiert werden. Zugleich hob er hervor, dass die politische Demokratie eine unerlässliche Voraussetzung für die Umsetzung der Wirtschaftsdemokratie ist. Notwendig seien Erfahrungen mit politischer Demokratie (vgl. ebd.: 13).⁵

2.4 Die kulturelle und die moralische Demokratie

Die politische sowie die wirtschaftliche Demokratie hätten jedoch nur dann eine reelle Zukunft, „wenn sie auf der Grundlage einer wahrhaften *kulturellen Demokratie*“ ste-

⁵ In England wurde bereits um 1900 der Begriff „Industrial Democracy“ verwendet (Webb 1897; vgl. Hennis 1973: 58; Müller-Jentsch 2008; Macek 1925:191; Naphtali 1928: 13).

hen. Deren Aufbau war erstens deshalb wichtig, weil es im Leben eines Staates nicht allein um Politik und/oder Wirtschaft gehen könne (Uhlíř 1917: 24). Zweitens sei ein bewusstes und gebildetes Volk die Grundlage des politischen und wirtschaftlichen Lebens (vgl. ebd.: 27). Das literarische, wissenschaftliche, künstlerische, d. h. das geistige Leben, nicht aber materielle Interessen, seien die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft (vgl. Foustka 1918: 91). Dort, wo es keine geistige Souveränität gibt, existiere auch keine wirtschaftliche und politische Souveränität (vgl. Beneš 1925: 96). Aus diesem Grunde sei es im Interesse des Staates, sich auf eine kulturelle Demokratie zu stützen. Deren Grundsatz besteht in der Aufteilung geistiger Güter und zwar überall dort, wo es ein Verlangen nach Bildung gebe (vgl. Uhlíř 1919: 9, 12). Niemand dürfe von Bildungs- und Kultureinrichtungen ferngehalten werden. Ausgangspunkt bzw. Grundlage der kulturellen Demokratie ist somit die intellektuelle Bildung *aller* Schichten der Nation. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Losung „Bildung für alle“ (vgl. Matula 1928: 31). Das Schulwesen sei „kein Privileg der vermögenden Schichten“ (Beneš 1924b: 9). Existierende und akzeptierte Unterschiede in der natürlichen körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit könnten durch entsprechende Erziehung und Bildung weitgehend ausgeglichen werden (vgl. Macek 1924: 11). Hierdurch ergibt sich eine Nähe zur sozialen und wirtschaftlichen Demokratie (vgl. Foustka 1918: 91). Der gleichberechtigte Zugang zu den Bildungseinrichtungen entspricht der Forderung Maceks nach gleichen Ausgangsbedingungen im wirtschaftlichen Leben, um großen sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten entgegenzutreten. In diesem Sinne sind die wirtschaftliche, die soziale und die kulturelle Demokratie miteinander verbunden (vgl. Chýna 1927: 3; Drtina 1919, 1920), wobei die kulturelle Demokratie die Grundlage der anderen beiden Formen bildet.

Die allen zugängliche Bildung sollte ihrerseits allumfassend sein. Jeder Mensch müsse physisch, ökonomisch, sozial, künstlerisch, fremdsprachlich, politisch und auch moralisch gebildet sein (vgl. Bláha 1927: 27ff.; Matula 1928: 25). Erwähnenswert ist hierbei, dass bei der Bildungs- bzw. Erziehungsarbeit die psycho-sozialen Besonderheiten der verschiedenen Schichten und Klassen zu beachten seien. Die Psychologie des Bauern, der Frau und des städtischen Proletariats würden sich unterscheiden (vgl. Bláha 1927: 83). Die Ausbildung der einzelnen gesellschaftlichen Schichten sollte sich nach deren jeweiliger Kultur richten. Als Vorbilder und Orientierungspunkte der Bildungsbemühungen dienten der französische Philosoph und Mathematiker *Condorcet* sowie der Schweizer Pädagoge *Pestalozzi* und der deutsche Philosoph *Fichte* (vgl. Drtina 1919: 128, 139; Dalberg 2013: 190f.).

Die aufzubauende kulturelle Demokratie ist von der geistigen Demokratisierung des Lebens abzutrennen (vgl. Uhlíř 1919: 12). Dieses Problem wird in gewisser Weise mit der moralischen Demokratie angesprochen. Deren Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die Demokratie *moralische* Wurzeln und Ziele habe. Mehr als jede andere

Form der politischen und gesellschaftlichen Organisation, sei sie auf eine funktionierende Moral angewiesen. Mit deren Werden und Vergehen wachse und falle sie (vgl. Žilka 1933: 323; Foustka 1918: 91, 93;). Die Demokratie gehe zu Grunde, wenn sie sich nicht auf moralisch starke Menschen stützt. „Wenn die Menschen stürzen, dann stürzt mit ihnen auch die Demokratie“ (Beněš 1926c: 76).

Konkreter Ausdruck der moralischen Demokratie, die auch als gesellschaftliche Demokratie bezeichnet wurde (vgl. Beneš 1924: 43), ist der gegenseitige Respekt zwischen den Menschen im täglichen Miteinander, vor allem auch zwischen Männern und Frauen (vgl. Macek 1924: 24, 20). Als Ausdruck gesellschaftlichen Anstands sei sie ein notwendiger Begleiter jeder gesunden Demokratie und erwachse aus einer neuen Bewertung des Menschen (vgl. Beneš 1924b: 43f.). Die Demokratie müsse auf den moralischen Charakter aller oder zumindest der großen Mehrheit der Bürger gegründet sein. In der Demokratie geht es um den tüchtigen Einzelnen, der auf seine Verpflichtungen bedacht und vom Interesse am öffentlichen Wohl durchdrungen ist (vgl. Hajn 1928: 13). Die Demokratie müsse die Gedanken und Gefühle des Menschen durchdringen (vgl. Beneš 1938: 190; Beneš 1933: 126). Aufgebaut wurde das Ideal eines „modernen tschechischen Menschen“, der die Fragen der Gegenwart „demokratisch, mit brüderlicher Liebe zur Menschheit und wissenschaftlich“ zu lösen versuche und keiner politischen, sozialen, ethischen und religiösen Frage ausweiche (o.A. 1922: 65). „Die Demokratie, die demokratische Republik, erfordert neue Menschen“ (Masaryk 1925: 477). Sie bedeutet dauerhafte Vollendung, Verbesserung und ständiges Streben nach höheren und menschlicheren Formen des Lebens (vgl. Chýna 1927: 8f.). Insbesondere die *politische Demokratie* gründe sich auf die gegenseitige Achtung der Menschen und der Nationen untereinander (vgl. Foustka 1918: 89). Nicht zuletzt war die Demokratie auch eine Frage der moralisch vorbildlicher Führer, womit deren intellektuelle und auch moralische Bildung sowie persönliche Bescheidenheit gemeint war (Žilka 1933: 323f.; Chýna 1927: 8f.). Moralisch vorbildliches Verhalten sei nicht zuletzt auch in der Wirtschaft wichtig (vgl. Macek 1924: 20).

So verstanden ist die Demokratie mehr nur als eine staatliche und administrative Form und die Regierung der Masse, sondern auch und vor allem „eine Lebens- und Weltanschauung“ (Masaryk 1925: 495; Masaryk 1928: 332; Nejedlý 1923a: 129; Beneš 1927: 6), „ein Regime des Lebens“ (Masaryk 1925: 504) und auch eine „soziale Eigenschaft, ein Lebenswert“ (Bláha 1926: 1). Der Gegensatz zwischen demokratischen und undemokratischen Staaten bestehe nicht allein auf der Ebene der politischen Institutionen bzw. in ihrer formalen Verfassung (vgl. Masaryk 1925: 477; Nejedlý 1923b: 484; Nejedlý 1926: 161). Der entscheidende Unterschied zwischen ihnen liege in den *Einstellungen* der Menschen (vgl. Bláha 1918: 3). „Der wirklichen Demokratie genügen die Institutionen nicht, sie braucht Menschen“ (Masaryk 1928: 334). Sie müsse von *innen* heraus geboren werden und tief in das Leben des Einzelnen eindringen

(vgl. Svoboda 1927: 9; Uhlíř 1919: 3, 10; Hajn 1928: 3). Um diese innere Demokratie aufzubauen, sei es notwendig, die Menschen zu ihr zu erziehen (vgl. Kovář 1933: 74f.; Hajn 1920: 1; Svoboda 1924: 10). Hier geht es um das Problem der geistigen Demokratisierung des nationalen tschechischen Lebens (vgl. Uhlíř 1919: 12).

Die von den Realisten geforderten Bürgertugenden lassen sich bereits in der antiken Theorie und auch in der republikanischen Tradition politischen Denkens nachweisen (vgl. Vorländer 2003: 95). Der Gedankengang, dass die Demokratie als Art und Weise des Lebens betrachtet werden müsse, wird bereits bei *Alexis de Tocqueville* deutlich, auf den sich bspw. Thomas G. Masaryk berief (vgl. z.B. Masaryk 1925: 107; 238, 490). Für Tocqueville ist der Bestand der Demokratie von bestimmten Sitten, von den „Gewohnheiten des Herzens“, vom „ganzen sittlichen und geistigen Zustand“ des Volkes abhängig (Tocqueville 1835: 183). Entsprechend war er überzeugt, „dass die glücklichste Lage und die besten Gesetze eine Verfassung nicht ohne Hilfe der Sitten aufrechterhalten können“ (ebd.: 188). Weitere Orientierungspunkte waren der französische Philosoph und Historiker *Hippolyte Adolphe Taine* und der britische Historiker *Robert William Seton-Watson* (Uhlíř 1919: 3). Durch die Vorstellung, dass die Demokratie eine Art und Weise des Lebens und Weltanschauung ist, fügt sich das tschechische demokratische Denken in den weiteren Kontext der damaligen Zeit ein. Ähnliche Gedanken waren auch im westlichen Europa und den USA verbreitet, und zwar bei *Walt Whitmann*, *John Dewey* und *Walter Lippmann* (vgl. Čermák 1992: 10f.).

3. Zusammenfassende Analyse

In den Jahren zwischen 1918 und 1938 strebten die Realisten auf Grundlage des tschechischen Nationalcharakters und ihrer Interpretation des 1. Weltkrieges eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Demokratie an. Die erweiterte, d. h. nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und moralische Demokratie, die zugleich eine Lebensform sein musste, sollte die tschechische Nation und ihren Staat, die Tschechoslowakei, legitimieren und absichern. Eine solche Demokratievorstellung verdeutlicht ein „auf fortschreitende Expansion abzielendes“ Konzept von Demokratie (Schmidt 2010: 225). Sie stellt einen Prozess gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung dar (vgl. Vilmar 1973: 94f.; Vilmar 1975: 129; Kozák 1932: 17).⁶

In politikwissenschaftlichen Begriffen entspricht die politische Demokratie der *liberalen Demokratie*. Diese bezeichnet ihrerseits eine rechtsstaatlich pluralistische, auf die Geltung von Menschenrechten gestützte Demokratie mit einer von bestimmten

⁶ Der transitive Begriff Demokratisierung bedeutet keine Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen. Diese sollen jedoch auf Freiheit, Gleichheit, Verantwortlichkeit, Öffentlichkeit usw. basieren (Hennis 1973: 53, 56ff.; vgl. Fenner 1975: 217).

Werten geleiteten Menge repräsentativer Institutionen wie dem Parlament, welches nach dem gleichen Wahlrecht als Ausdruck politischer Gleichheit und unter der Voraussetzung politischer Freiheit gewählt wird. In der liberalen Demokratie bilden die Sitzungen des Parlaments einen öffentlichen Raum, in dem Konsens über politische Maßnahmen erzielt wird (vgl. Meyer 2005: 13; Giddens 1997: 160ff.). Den Realisten ging es jedoch um mehr als nur um die politischen Bürgerrechte des liberalen Verfassungsstaates. Angestrebt wurde erstens soziale Gerechtigkeit und zweitens die Erweiterung der politischen Rechte und Pflichten auf wirtschaftliche Institutionen und Vorgänge. Ziel war hiernach die Maximierung politischer Teilhaberechte und Pflichten auf wirtschaftliche Institutionen und Vorgänge. Erweitert werden sollte die Demokratie ebenso auf den Bildungsbereich (vgl. Schmidt 2010: 225, 236f.). Demnach sollten gesellschaftliche Bereiche unter die „Bestimmungsgewalt partieller Kollektive“ gestellt werden (Böckenförde 1973: 37).

Der Begriff Wirtschaftsdemokratie beinhaltet zusammengefasst drei Ebenen: eine *soziale*, eng mit der sozialen Demokratie verbundene, eine *partizipatorische*, auf betriebliche Mitbestimmung abzielende, sowie eine *sozialistische* Ebene, im Sinne einer Neuorganisation der Produktionsmittel, um dem Kapital schrittweise die „Verfügungsgewalt über die Produktion zu entziehen“ (Hoffrogge 2011: 98).

Ihr partizipatorisches Grundprinzip war die betriebliche Mitbestimmung und, in Verbindung damit, die Kontrolle wirtschaftlicher Macht in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaftsordnung (vgl. Vilmar 1975: 135). Darauf verweist der verwendete Begriff „konstitutionelle Fabrik“. Mitbestimmung bezeichnet den Aufbau einer Arbeiterselbstverwaltung und somit die institutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmern an betrieblichen Entscheidungen bspw. durch ein Wirtschaftsparlament (vgl. Vč 1930: 603) als Leitungs- und/oder Kontrollgremium. Sie stellt in diesem Sinne eine „strukturelle Begrenzung“ und somit Kontrolle „der unternehmerischen Dispositionsbefugnisse über die Arbeitskraft“ dar. Ziel war eine effektive Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit und eine Humanisierung der Arbeitswelt (Thibaut 2001: 307f.; Vilmar 1973: 196). Die Vorstellung vom öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmens verdeutlicht das Bestreben, die durch den Markt gelenkte und privatkapitalistisch organisierte Wirtschaft in ein zumindest teilverstaatlichtes System mit wirtschaftsdemokratischer Lenkung zu überführen (vgl. Dittrich 1992: 257).

Zusammengefasst beschreibt die angestrebte Wirtschaftsdemokratie die Demokratisierung eines gesellschaftlichen Subsystems, welches bisher nicht der Volksherrschaft unterworfen war (vgl. Schmidt 2010: 238; Vilmar 1975: 129ff.). Politik- und demokratietheoretisch bedeutet die Erweiterung der politischen Rechte und Pflichten auf den wirtschaftlichen Bereich eine allgemeine Erweiterung der politischen Teilhabe (vgl. Schmidt 2010: 266ff., 236ff.). Mit der Erweiterung der Demokratie auf die wirtschaftliche Sphäre lösen sich die Realisten aus dem Rahmen traditioneller Begrifflich-

keiten. Der ursprünglich vom Staat und der Politik herausgelöste Bereich der Wirtschaft wird in die Politik und somit in den Staat eingegliedert. Dies ist bedeutsam, denn seit der griechischen Antike war die Demokratie ein rein politischer und somit öffentlicher Begriff. Die Wirtschaft galt hingegen als nichtöffentliche und somit als Privatangelegenheit. Der Begriff Demokratie erklärt ursprünglich eine spezifische Herrschaftsform, die als solche mit der Politik verbunden ist. Die angestrebte Demokratisierung der Wirtschaft ist der Versuch, die Wirtschaft als einen vom Staat (und der Politik) abgetrennten Bereich wie einen Staat (politisch) zu organisieren. Voraussetzung hierfür ist die Politisierung der Wirtschaft. Sie muss jenen Prinzipien unterworfen werden, „die im Bereich der Politik“ maßgeblich sind. Da Demokratie ohne Gleichheit jedoch undenkbar ist, muss auch in der Wirtschaft Gleichheit hergestellt werden (vgl. Hennis 1973: 58f.), und insbesondere Macek strebte mit seiner Idee der wirtschaftlichen Demokratie eine Gleichheit der Ausgangsbedingungen an (vgl. Macek 1924: 9f.). Dass die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft mit ihrer Zielrichtung deutlich über den Bereich der politischen Demokratie hinausgeht, ist aus Sicht Maceks nachvollziehbar, da der Staat, wie ausgeführt, seine Tätigkeit immer weiter ausdehnte. Infolgedessen wurden mehr und mehr Bereiche der Gesellschaft politisiert. Aus diesem Grunde ist die traditionelle Trennung von *Polis* und *Oikos* aufgehoben (vgl. Böckenförde 1973: 7). Folglich wäre es undemokratisch, „die politische Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse der demokratischen Legitimation zu entziehen (vgl. Greiffenhagen 1973: 24).

Das beteiligungsorientierte Konzept der Wirtschaftsdemokratie birgt in marktkapitalistisch organisierten Wirtschaftssystemen praktische Probleme (vgl. Meyer 2005: 305). Deutlich wird zunächst ein Spannungsverhältnis von Anerkennung der Marktregulation, die gegebenenfalls schnelle Entscheidungen von ausgewiesenen Wirtschaftsexperten erfordert, und geforderter institutioneller Sicherstellung, der Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung inkl. der strategischen Investitionsentscheidungen andererseits (vgl. Meyer 2009: 136). Laut Macek würden sie das Desinteresse sowie die Unerfahrenheit und das fehlende Fachwissen ihrer Mitglieder in Wirtschaftsfragen negativ auf die praktische Arbeit der Verbrauchergenossenschaften auswirken (vgl. Macek 1924: 18). Dieser Mangel in Verbindung mit fehlender Sprachmächtigkeit und Argumentationsgabe schränken den praktischen Wert demokratischer Mitbestimmung jedoch ein (vgl. Schmidt 2010: 247). Und dies gerade in einer Zeit, in der das allgemeine Bildungsniveau der einfachen Arbeiter verhältnismäßig gering war. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, wie das notwendige ökonomische Fachwissen garantiert werden kann? Bedeutsam ist hier das umfassende individuelle Bildungsprogramm (vgl. Dalberg 2013: 1). Darüber hinaus ist aber auch die kulturelle Demokratie von Bedeutung, da gerade sie die Bildung aller gesellschaftlichen Klassen sicherstellen soll.

Zweitens stellt sich die Frage, wie auf der Ebene der makroökonomischen Regulation ein Kompromiss zwischen den gegebenenfalls divergierenden Interessen der Unternehmer und Arbeiter gefunden werden kann. Mit anderen Worten: „Wie soll eine Entscheidung im Falle einer Nichteinigung erreicht werden?“ (Meyer 2005: 305). Auch dieses Problem erkannte Macek und sprach es im Zusammenhang mit der „konstitutionellen Fabrik“ an (Macek 1924: 14). Die Arbeitgeber hätten, je weiter die betriebliche Mitbestimmung voranschreite, immer weniger Möglichkeiten, die Vorschläge der Arbeiter abzulehnen bzw. werde dies immer schwieriger, da die Macht der Arbeitnehmer letztlich größer sei als die des Arbeitgebers.⁷ Hierbei stellt sich aber erneute die Frage nach dem notwendigen Fachwissen. Zudem droht die bereits von Tocqueville gefürchtete Tyrannei der (wirtschaftlich ungenügend gebildeten) Mehrheit.

In Verbindung damit steht ein drittes Problem. Wenn die Entscheidungsfindung in der Wirtschaft politischer Logik unterliegt, besteht die Gefahr, dass die wirtschaftliche Logik von der politischen gänzlich überlagert wird (vgl. Meyer 2005: 305). Es droht ein Verlust an Effizienz und Effektivität in der Wirtschaft und in Verbindung damit letztlich auch wirtschaftlicher Niedergang (vgl. Schmidt 2010: 233, 248). Angesprochen ist hier das Problem der politischen Mobilisierung in der Wirtschaft. „Ein sehr hohes Maß an fortwährender politischer Mobilisierung wird in der Summe die politische Ordnung [der Wirtschaft] unter Stress stellen und womöglich durch hohe Ansprüche überlasten und entlegitimieren“ (Schmidt 2010: 248).

Etwas anders verhält es sich mit der geforderten *kulturellen Demokratie* bzw. der Demokratisierung der Bildung. Hier geht es nicht um eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmung. Dies ist insofern überraschend, da im Bildungsbereich starke Abhängigkeitsverhältnisse existieren. Andererseits lassen sich bspw. über naturwissenschaftliche Erkenntnisse verständlicherweise keine demokratische Abstimmungen führen. Demokratisierung im kulturellen Bereich bedeutet vielmehr eine soziale Erweiterung der kulturellen Teilhabe und der Bildungsempfänger. Es handelt sich deshalb genauer betrachtet um eine *Sozialisierung der Bildung*. In der Demokratie würden alle kulturellen und materiellen Güter sozialisiert (vgl. Uhlř 1919: 5; Dalberg 2013: 189). Kulturelle Demokratie bedeutet die Beseitigung des Bildungsmonopols bestimmter sozialer Klassen dar, wie es im 18. Jahrhundert bereits von Condorcet gefordert wurde und für das Denken der tschechischen Realisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts typisch ist (vgl. Dalberg 2013: 190).

⁷ Macek nähert sich hier der Idee der „Arbeiterkontrolle“. Dieser zufolge haben sich die Arbeitgeber „sämtlichen Entscheidungsfragen des Arbeitsprozesses und den Beschlüssen der gewählten Arbeiterkontrolleure zu unterwerfen“. Diese Vorstellung wurde im Jahre 1917 für die spezifische revolutionäre Anbruchphase in Russland konzipiert. Sie ist Bestandteil der leninistischen Industriepolitik (Vilmar 1973: 195) und als solche nicht auf die Verhältnisse der demokratisch organisierten Tschechoslowakei in der Mitte der Zwanzigerjahre übertragbar.

Die Beseitigung, zumindest aber die Minimierung sozialer Ungleichheit als Ziel der *sozialen Demokratie* verdeutlicht eine Verbindung zur wirtschaftlichen Demokratie, deren Ziel über den partizipatorischen Ansatz hinaus gerade in der Beseitigung bzw. zumindest aber der Abschwächung wirtschaftlicher Macht und somit wirtschaftlicher Ungleichheit bestand (vgl. Schmidt 2010: 276). Gegründet sind diese Vorstellungen auf der Ansicht, dass dort, wo menschliches Elend, Entwurzelung und soziale Unfreiheit herrschen, sich Demokratie schnell in eine bloße Phrase verwandelt (vgl. Havelka 2002: 14). Erst ein Mindestmaß gleicher sozialer Voraussetzungen ermöglicht es, „von der rechtlichen Freiheit Gebrauch zu machen“ (Böckenförde 1973: 38) und, in Verbindung damit, wirtschaftlich und gesellschaftlich schwächere Bürger vor potentieller Despotie wirtschaftlicher Mächte zu schützen. Demokratie bleibt ein Torso, wenn sie nicht über ein soziales Fundament verfügt, welches politische Gleichheit vom sozialen Status unabhängig macht und somit die realen Teilhabechancen am gesellschaftlichen und auch politischen Leben der Bürger verringert. Soziale Exklusion stellt die Akzeptanz der Demokratie in Frage (vgl. Meyer 2010: 78f.; Demirović 2008: 56f.). Die soziale Demokratie basiert zusammengefasst auf der Vorstellung, dass Demokratie einer gerechten und geregelten Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben bedarf (vgl. Meyer 2005: 13). Insofern dient sie, zusammen mit der wirtschaftlichen Demokratie, der Stabilisierung und Absicherung der politischen, d. h. liberalen Demokratie (vgl. Fischer 1933: 345; Meyer 2005: 26).

Die *moralische* bzw. *innere Demokratie* unterscheidet sich von der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen dadurch, dass hier die moralische Ebene im Vordergrund steht und nicht gesellschaftliche und/oder soziale Strukturen, die es zu demokratisieren gilt, sei es durch mehr Mitbestimmung oder Erweiterung der sozialen Teilhabe. Als ein „nichtgeschriebenes Gesetz“ (Uhlir 1919: 2) beschreibt sie das Problem der demokratiegestützten Staatsbürgerkultur. Es geht um die *Prärequisiten* der Demokratie (vgl. Beyme 1992: 177). Solange diese von den Menschen geistig nicht getragen wird, ist sie dauerhaften Gefahren ausgesetzt (vgl. Ishikawa 1995: 291). Letztlich geht es hier um politische Bürgertugenden, d. h. um Einstellungen und Verhaltensdispositionen, die durch Sozialisation sowie politische Praxis „anerzogen und eingeübt werden“ können. Diese sollen dem Bürger in seiner Doppelstellung als Regierter und Regierender, für die „gemeinsamen bürgerschaftlichen Angelegenheiten“, d. h. die Politik, „prädisponieren und auch befähigen“. Mit der Vorstellung eines durch politische Tugend geleiteten Bürgers ist eine Erwartung verbunden, nach der das jeweilige individuelle Einzelinteresse, „wenn nötig, hinter dem gemeinen Wohl der politischen Gemeinschaft zurücktreten können muss“ (Vorländer 2003: 95).

Ein solches Demokratieverständnis geht von der Maxime aus, dass die Demokratie mehr als nur ein politisches Regime ist. Die Gründung wichtiger politischer Institutionen und Minimalkriterien der Verfassungsstaatlichkeit, wie freie Wahlen zum Parla-

ment und Parteien sind so lange keine Demokratie, so lange sie nicht Ausdruck demokratischer Einstellungen im Menschen selbst sind. Eine solche Demokratie wäre eine strukturelle bzw. minimalistische Variante der Demokratie (vgl. Schmidt 2010: 439; Beyme 1997: 24). Eine Gesellschaft ist jedoch nicht allein durch Institutionen zu organisieren. Benötigt werden ebenso Menschen. Die moralische Demokratie zielt auf Verhaltensmodi im Alltagsleben ab und, in Verbindung damit, auf eine demokratiestützende Staatsbürgerkultur (vgl. Merkel/Sandschneider/Segert 1996: 12). Demokratie ist auch eine Form des Zusammenlebens und nicht allein eine Regierungsform (vgl. Weiß 1998: 90). Folglich ist sie nicht nur von der formalen Verfassung, sondern ebenso von der „Verfassung“ der Bürgerschaft bestimmt. Sind demokratische Praktiken und Werte „in der privaten und gesellschaftlichen Lebensordnung der Bürger verankert“, so tragen sie zu einer demokratischen Staatsordnung bei (Donath 2001: 85f.). Andersherum gilt, dass, wenn die für eine demokratische Staatsform maßgeblichen Werte nicht mit den gesellschaftlich praktizierten übereinstimmen, ihr Ansehen gefährdet ist (vgl. ebd.). Dieses essentialistische Konzept sieht in den bestehenden Demokratien lediglich einen Weg, weshalb allenfalls von einer „Demokratisierung“ gesprochen werden kann. Hier besteht ein Zusammenhang mit der Wirtschaftsdemokratie. Solange die Demokratie „vor den gesellschaftlichen Subsystemen haltmacht“, hat sie ihr Ziel nicht erreicht (Beyme 1997: 23).

Zwischen der inneren und der formalen, verfassungsrechtlich verankerten Demokratie besteht eine Beziehung. Letztere allein ist zwar noch keine wirkliche Demokratie, allerdings ist sie äußere Bedingung dafür, dass das Volk auch die innere Demokratie erringen könne. Demokratische Institutionen und Gesetze sind die positive Bedingung für die Ausbildung einer inneren Demokratie, denn sie stellen den Rahmen dar, innerhalb dessen sich diese in den Einzelnen entwickeln kann (vgl. Bláha 1926b: 1). Hieraus folgt, dass eine vollständige Demokratie sowohl demokratisch eingestellte, demokratisch denkende und fühlende Menschen, Einstellungen und Werthaltungen (vgl. Schiele 1994: 164) als auch einen guten, demokratischen, administrativen Apparat, eine Regierung und eine Armee braucht (vgl. Drtina 1920: 142ff.). Auf die „kluge Einrichtung der Institutionen“ kann nicht verzichtet werden (Egle 2002: 415), weil diese „den gewaltfreien Konfliktaustrag nach bestimmten Spielregeln“ sicherstellen. Zu den Bedingungen einer stabilen Demokratie gehört somit eine institutionelle Infrastruktur (vgl. Vorländer 2003: 95).

Literaturverzeichnis

- Batscha, Zwi (1994): Eine Philosophie der Demokratie. Thomas G. Masaryks Begründung einer neuzeitlichen Demokratie, Frankfurt/M.
- Beneš, Vojta (1922): Školská reforma v republice a právo demokratické iniciativy [Die Schulreform in der Republik und das Recht der demokratischen Initiative], in: Ders., O lepší svět, sv. I [Um eine bessere Welt, Bd. I], Praha 1928, S. 56-65.
- Beneš, Vojta (1924a): Svoboda je více než samostatnost [Freiheit ist mehr als Selbstständigkeit], in: Ders., O lepší svět, sv. IV [Um eine bessere Welt., Bd. IV], Praha 1928, S. 62-88.
- Beneš, Vojta (1924b): Zásady a cíle Svazu národního osvobození [Grundsätze und Ziele des Bundes der nationalen Befreiung], in: SNO (Hrsg.), Jak splníme odkaz naší revoluce? Od revoluce k práci [Wir erfüllen wir das Vermächtnis unserer Revolution? Von der Revolution zur Arbeit], Praha, S. 5-51.
- Beneš, Vojta (1925): Kulturní poslání legionářstva [Die kulturelle Sendung der Legionäre], in: Ders., O lepší svět, sv. IV [Um eine bessere Welt, Bd. IV], Praha 1928, S. 89-108.
- Beneš, Vojta (1926a): Demokratická autorita [Die demokratische Autorität], in: Ders., O lepší svět, sv. III [Um eine bessere Welt, Bd. III], Praha 1928, S. 71-77.
- Beneš, Vojta (1926b): My, statní administrativa – a korupce [Wir, die Staatsadministration – und die Korruption], in: Ders., O lepší svět, sv. III [Um eine bessere Welt, Bd. III], Praha 1928, S. 99-112.
- Beneš, Vojta (1927): K exposé ministrovu [Zum Exposé des Ministeriums], in: Ders., O lepší svět. Výbor z článků, úvah a statí, sv. II [Um eine bessere Welt. Auswahl aus Artikeln, Betrachtungen und Aufsätzen, Bd. II], Praha 1928, S. 3-22.
- Beneš, Vojta (1933): Upřímné slovo [Ein aufrichtiges Wort], in: Ders., O humanitní demokracii [Um die Humanitätsdemokratie], Praha 1938, S. 117-136.
- Beneš, Vojta (1938): Jací jsme [Wie wir sind], in: Ders., O humanitní demokracii [Um die Humanitätsdemokratie], Praha 1938, S. 146-193.
- Benz Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München.
- Beyme, Klaus von (1992): Die politischen Theorien der Gegenwart, Opladen (7. Auflage).
- Beyme, Klaus von (1997): Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen, S. 23-56.
- Bischoff, Joachim (2005): Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratien, in: UTOPIE kreativ, Heft 173, S. 200-211.

- Bláha, Inocenc Arnošt (1918): Revoluce či reformace [Revolution oder Reformation], in: Česká stráž, Jg. 1, Heft 10, S. 3-4.
- Bláha, Inocenc Arnošt (1926): K pathologii demokracie [Zur Pathologie der Demokratie], in: Pokrokový obzor, Jg. 7, Heft 30, S. 1.
- Bláha, Inocenc Arnošt (1927): Problémy lidové výchovy [Probleme der Volksbildung], Praha.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1973): Die verfassungstheoretische Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Bedingung der individuellen Freiheit, Opladen.
- Bogumil, Jörg (2003): Staatsaufgaben im Wandel, in: Breit, Gotthard / Himmelmann, Gerhard (Hrsg.), Der Staat. Ideengeschichtliche Grundlagen, Wandel der Aufgaben, Stellung des Bürgers, Schwalbach/Ts., S. 42-62.
- Boldt, Frank (1996): Kultur versus Staatlichkeit, Prag.
- Breit, Gotthard (2011): Lincoln, Abraham: Gettysburg Address, in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, Bonn, S. 185-189.
- Čermák, Vladimír (1992): Otázka demokracie, sv. 1 [Die Frage der Demokratie, Bd. 1], Praha.
- Chýna, Jan (1927): Na obranu demokracie a republiky [Zur Verteidigung der Demokratie und Republik], Praha.
- Dalberg, Dirk Mathias (2013): Die nichtpolitische Politik. Eine tschechische Strategie und Politikvorstellung, Stuttgart.
- Demirović, Alex (2008): Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und freie Kooperation, in: Widerspruch, Heft 55, S. 55-67.
- Dittrich, Walter (1992): Mitbestimmungspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 3: Die westlichen Länder, München, S. 252-260.
- Donath, Matthias (2001): Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik, Frankfurt/M.
- Drtina, František (1919): Úkoly vzdělání ve škole a společnosti [Bildungsaufgaben in Schule und Gesellschaft], in: Ders., Spisy Františka Drtiny, sv. 3 [Schriften František Drtinas, Bd. 3], Praha 1930, S. 121-141.
- Drtina, František (1920): O mravní výchově [Über die moralische Erziehung], in: Ders., Spisy Františka Drtiny, sv. 3 [Schriften František Drtinas, Bd. 3], Praha 1930, S. 142-148.
- Egle, Christoph (2002): Über die Notwendigkeit und Bestimmung liberaler Bürger-tugenden, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Jg. 43, Heft 3, S. 397-419.
- Fenner, Christian (1975): Vergesellschaftung und Demokratisierung, in: Ders. / Blanke, Bernhard (Hrsg.), Systemwandel und Demokratisierung. Festschrift für Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. / Köln, S. 217-241.

- Fischer, Josef (1933): K principům demokracie [Zu den Prinzipien der Demokratie], in: Česká mysl, Jg. 29, Heft 5-6, S. 343-365.
- Foustka, Břetislav (1918): Národ nesmrtelný [Die unsterbliche Nation], in: Naše doba, Jg. 26, Heft 2, S. 85-94.
- Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/M.
- Göhler, Gerhard (2002): Liberalismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung, in: Heidenreich, Bernd (Hrsg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, Berlin (2. Auflage), S. 211-228.
- Greiffenhagen, Martin (1973): Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München, S. 11-41.
- Hajn, Alois (1920): Nutnost převýchovy národů [Die Notwendigkeit der Umerziehung der Nationen], in: Osvěta lidu, Heft 23, Nr. 19, S. 1.
- Hajn, Alois (1921): O českých stranách politických [Über die tschechische politischen Parteien], Praha.
- Hajn, Alois (1928): Co jest a co chce SNO? [Was ist und was will der SNO], in: Za vnitřní svobodu národa [Für die innere Freiheit der Nation], Praha, S. 3-27.
- Havelka, Miloš (1998): „Nepolitická politika“: kontexty a tradice [„Nichtpolitische Politik“: Kontexte und Traditionen], in: Sociologický časopis, Jg. 34, Heft 4, S. 455-466.
- Havelka, Miloš (2002): Demokracie – humanita – odpovědnost [Demokratie – Humanität – Verantwortung], in: Lakosilová, Jarmila (Hrsg.), Cesta a odkáz T.G. Masaryka [Weg und Vermächtnis T.G. Masaryks], Praha, S. 13-21.
- Hennis, Wilhelm (1973): Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, in: Greiffenhagen, Martin (Hrsg.), Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München, S. 47-70.
- Herben, Jan (1924): Prameny a počátky demokracie [Quellen und Anfänge der Demokratie], Praha.
- Hoffrogge, Ralf (2011): Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie? Ein kurzer Abriss über Ideen ökonomischer Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Bois, Marcel / Hüttner, Bernd (Hrsg.), Geschichte einer pluralen Linken, Bd. 3, Berlin, S. 93-101.
http://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Beitr_zur_Gesch_3_web.pdf (14. Juli 2013)
- Huntington, Samuel (1991): The third wave. Democratization in the late twentieth century, Oklahoma.
- Ishikawa, Tatsuo (1995): T.G. Masaryk a problémy demokracie [T.G. Masaryk und die Probleme der Demokratie], in: První světová válka, moderní demokracie a T.G. Masaryk [Der Erste Weltkrieg, die moderne Demokratie und T.G. Masaryk], Praha, S. 291-298.

- Kovář, František (1933): Lidová výchova obranou demokracie [Volkserziehung ist die Verteidigung der Demokratie], in: Česká osvěta, Jg. 30, Heft 3, S. 72-79.
- Kozák, Jan Blahoslav (1924): Demokracie a kultura [Demokratie und Kultur], Praha.
- Kozák, Jan Blahoslav (1932): Demokracie jako ideál a syrová skutečnost [Die Demokratie als Ideal und als trockene Realität], in: Naše doba, Jg. 40, Heft 1, S. 15-21.
- Křen, Jan (2000): Die Konfliktgemeinschaft: Tschechen und Deutsche. 1780–1918, München (2. Auflage).
- Lincoln, Abraham (1863): Gettysburg Address, in: Massing, Peter / Breit, Gotthard / Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, Bonn 2011, S. 185-189.
- Lipták, L'ubomir (1994): Der „Krach“ der tschechoslowakischen Staatsidee, in: Hoensch, Jörg K. / Kováč, Dušan (Hrsg.), Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918-1938), Essen, S. 43-49.
- Loewenstein, Bedřich (1997): Potíže liberalismu – dvanáct tezí [Missstände des Liberalismus – zwölf Thesen], in: Documenta Pragensia XIV, S. 39-45.
- Macek, Josef (1924): Demokracie v hospodářství [Demokratie in der Wirtschaft], Praha.
- Macek, Josef (1925): Socialismus [Sozialismus], Praha.
- Macek, Josef (1927): Většina a menšina [Mehrheit und Minderheit], in: Naše doba, Jg. 35, Heft 3, S. 129-132.
- Macek, Josef (1933a): Demokracie. Forma i obsah! [Demokratie. Form und auch Inhalt!], in: Naše doba, Jg. 40, Nr. 9, S. 513-515.
- Macek, Josef (1933b): Autorita v demokracii [Autorität in der Demokratie], in: Naše doba, Jg. 41, Heft 1, S. 4-11.
- Masaryk, Thomas G. (1918): Das neue Europa, Berlin 1991.
- Masaryk, Thomas G. (1925): Die Weltrevolution, Berlin.
- Masaryk, Thomas G. (1936): Čapek, Karel: Gespräche mit Masaryk, Stuttgart 2001.
- Masaryk, Thomas G. (1994): Cesta demokracie III [Weg der Demokratie III], Praha.
- Matula, Antonín (1928): Die Volksbildung in der Tschechoslowakei, Prag.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen (2. Auflage).
- Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (1996): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen, S. 9-37.
- Meyer, Thomas (2005): Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.
- Meyer, Thomas (2009): Soziale Demokratie. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Meyer, Thomas (2010): Was ist Politik?, Wiesbaden (3. Auflage).

- Mill, John Stuart (1861): Betrachtungen über die repräsentative Demokratie, Paderborn 1971.
- Müller-Jentsch, Walther (2008): Industrial Democracy: Historical Development and Current Challenges, in: Management revue, Jg. 19, Heft 4, S. 260-273.
- Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt/M. 1966.
- Nejedlý, Zdeněk (1921): Lidově a pokrokově [Volklich und fortschrittlich], in: Var, Jg. 1, Heft 1, S. 1-13.
- Nejedlý, Zdeněk (1923a): Strach z demokracie [Angst vor der Demokratie], in: Var, Jg. 2, Heft 5, S. 129-141.
- Nejedlý, Zdeněk (1923b): Demokracie [Demokratie], in: Var, Jg. 2, Heft 16, S. 481-488.
- Nejedlý, Zdeněk (1926): O demokracii [Über die Demokratie], in: Var, Jg. 4, Heft 6, S. 161-175.
- Nový, Lubomír (1995): K pojmům „demokracie a theokracie“ v Masarykově politické filosofii [Zu den Begriffen „Demokratie und Theokratie“ in Masaryks politischer Philosophie], in: Voráček, Emil (Hrsg.), První světová válka, moderní demokracie a T.G. Masaryk [Der Erste Weltkrieg, die moderne Demokratie und T.G. Masaryk], Praha, S. 269-275.
- o.A. (1922): Soulad života [Harmonie des Lebens], in: Realistický obzor, Jg. 3, Heft 9, S. 65-66.
- Offe, Claus (Hrsg.) (2003): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/M. / New York.
- Peroutka, Ferdinand (1924): Jací jsme [Wie wir sind], Praha 1934.
- Rádl, Emanuel (1919): Demokacie a věda [Demokratie und Wissenschaft], Praha.
- Rádl, Emanuel (1928): Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, Reichenberg.
- Rádl, Emanuel (1933): Dvojí demokracie [Zweierlei Demokratie], in: Naše doba, Jg. 40, Heft 5, S. 271-274.
- Rohe, Karl (1994): Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermeyer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin, S. 1-21.
- Schauer, Hubert Gordon (1886): Naše dvě otázky [Unsere zwei Fragen], in: Čas, Jg. 1, Heft 1, S. 1-4.
- Schiele, Siegfried (1994): Aktive Bürgergesellschaft statt Bürgerverdruss, in: Ders. / Hepp, Gerd / Uffelman, Uwe (Hrsg.), Die schwierigen Bürger, Schwalbach/Ts., S. 160-166.
- Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung, Bonn (5. Auflage).

- Sobota, Emil (1930): Demokracie je stále v počátcích [Die Demokratie ist noch immer in den Anfängen], in: Naše doba, Jg. 37, Heft 10, S. 577-580.
- Svoboda, Emil (1919): Základní myšlenky demokracie [Die Grundgedanken der Demokratie], Praha.
- Svoboda, Emil (1922): Osudy demokracie [Schicksale der Demokratie], in: Naše doba, Jg. 30, Heft 3, S. 260-266.
- Svoboda, Emil (1924): Vláda v demokracii [Herrschaft in der Demokratie], Praha.
- Svoboda, Emil (1926): Demokracie a parlamentarismus [Demokratie und Parlamentarismus], Praha.
- Svoboda, Emil (1927): Demokracie jako názor na život a svět [Die Demokratie als Welt- und Lebensanschauung], Praha.
- Thibaut, Bernhard (2001): Mitbestimmung/Mitbestimmungspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, München, S. 307-309.
- Tocqueville, Alexis de (1835): Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1997.
- Uhlíř, Antonín (1917): Český socialism, jeho filosofie a politika [Der tschechische Sozialismus, seine Philosophie und Politik], Praha.
- Uhlíř, Antonín (1918): Demokracie kulturní, politická, sociální [Kulturelle, politische, soziale Demokratie], in: Česká stráž, Jg. 1, Heft 2, S. 1-2.
- Uhlíř, Antonín (1919): Občanská výchova [Bürgerliche Erziehung], Praha.
- Urban, Otto (2003): Kapitalismus a česká společnost [Kapitalismus und tschechische Gesellschaft], Praha (2. Auflage).
- Vilmar, Fritz (1973): Strategien der Demokratisierung, Bd. 1, Darmstadt.
- Vilmar, Fritz (1975): Strategie gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung, parlamentarische Demokratie und sozialistische Transformation, in: Fenner, Christian / Blanke, Bernhard (Hrsg.), Systemwandel und Demokratisierung. Festschrift für Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. / Köln, S. 129-161.
- Vorländer, Hans (2003): Demokratie. Geschichte-Formen-Theorien, Bonn.
- Webb, Beatrice / Webb, Sidney (1897): Industrial Democracy, London.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (1998): Wege zur Erneuerung der Demokratie, Gütersloh.
- Vč 1930: Opět diskuse o hospodářském parlamentu [Erneut Diskussionen über das Wirtschaftsparlament], in: Naše doba, Jg. 37, Heft 10, S. 601-604.
- Weiß, Edgar (1998): Diskursethische Aspekte zur Demokratietheorie, in: Carstens, Uwe / Schlüter-Knauer, Carsten (Hrsg.), Der Wille zur Demokratie. Traditionslinien und Perspektiven, Berlin, S. 79-92.
- Žilka, František (1933): Vira v demokracii [Glauben in die Demokratie], in: Naše doba, Jg. 40, Heft 6, S. 321-324.